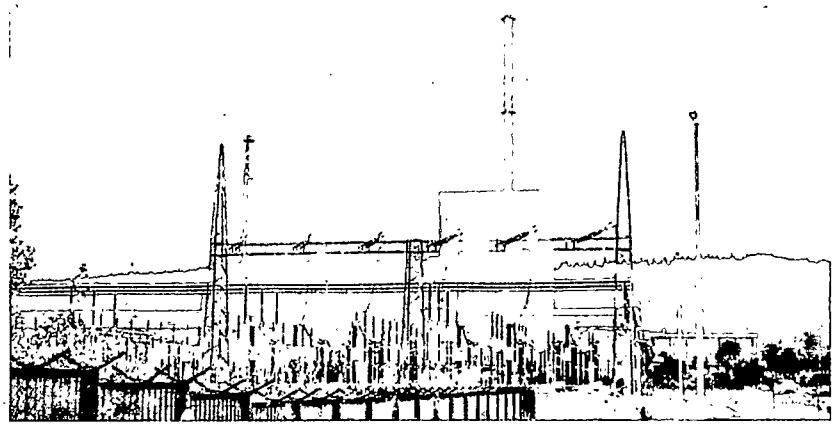
Wo sind die Kugeln?



Kernkraftwerk Isar I, Stahlkugeln (u.)

Die Betreiber des Kernkraftwerks Isar I im niederbayerischen Ohu wollen nach Ansicht von Reaktortechnikern durch „irreführende Angaben" erreichen, daß der Meiler wieder in Betrieb genommen werden kann.

Mitte vergangener Woche hatte die Bayernwerk AG die Suche nach den Kugeln, die Ende Juli aus einem geborstenen Lager in den Druckbehälter gefallen waren (SPIEGEL 32/1989), abgebrochen. Die noch vermißten acht Stahlkugeln seien „wahrscheinlich" über „die Entleerungsleitung des Reaktordruckbehälters in den Filter gespült" worden. Es sei damit sichergestellt, teilte das Bayernwerk mit, daß der „Reaktorkern kugelfrei ist", sich auch an anderen „sicherheitsrelevanten Stellen" keine Kugeln mehr befänden und das Kraftwerk von Anfang September an wieder Strom liefern könne.

Ingenieure, die mit dem veralteten Siedewasserreaktor befaßt sind, halten es wegen der „nicht ausreichenden Strömungskräfte während des Stillstandes für völlig unmöglich", daß eines der Kügelchen in den Filter eines Hilfskreislaufs geschwemmt wurde. Es sei auch „nicht denkbar",

daß eine Kugel direkt in den Einlauf der Entleerungsleitung gefallen ist; der Stutzen, nur acht Zentimeter im Durchmesser, liegt in der Mitte des etwa 30 Quadratmeter großen Reaktorbodens und ist nach oben durch die Brennelemente abgeschirmt.

Nach Auffassung der Spezialisten sind die Kügelchen entweder „nicht herausholbar" in Brennelemente geraten, auf die rund 25 Meter unter Wasser liegenden Pumpenabdeckplatten gefallen oder noch weiter runter in den Reaktorsumpf geplumpst. Die Vermutung, die Kugeln seien in einen Filter außerhalb des Sicherheitsbehälters gespült worden, kann das Bayernwerk dem bayerischen Umweltministerium nicht beweisen: Der hochradioaktive Filterbereich ist, so ein Reaktortechniker, „unzugänglich wie ein Endlager".

Ämter-Zwist

Das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt (AA) in Bonn streiten darum, wer die seit Juni unterbrochenen Verhandlungen mit Polen weiterführen soll. Kanzler Helmut Kohl besteht darauf, daß sein außenpolitischer Berater Horst Teltschik in der nächsten Woche die Gespräche mit der neuen Regierung in Warschau aufnimmt. Dagegen will AA-Chef Hans-Dietrich Genscher die Verhandlungen über neue Kredite und die Rechte der Deutschstämmigen wieder in sein Amt zurückholen. Von polnischer Seite, heißt es im Außenministerium, könne nach der Ablösung der kommunistischen Regierung nicht der Partei-Beauftragte Ernest Kucza weiterverhandeln. Daher sei es „höchste Zeit", die Gespräche von den Fachleuten der beiden Außenministerien weiterführen zu lassen. Kohl will nach Abschluß der Gespräche zu seinem mehrfach verschobenen Besuch nach Warschau reisen, vermutlich Anfang Oktober.

Schwerer Verdacht

Die Hanauer Staatsanwaltschaft will im Oktober fünf ehemalige Geschäftsführer und Mitarbeiter der beiden hessischen Nuklearfirmen Neue Technologien GmbH (NTG) und Physikalisch Technische Beratung anklagen. Der Vorwurf: illegaler Export kerntechnischer Anlagenteile. Hauptbeschuldigter in dem Verfahren ist der frühere NTG-Geschäftsführer Rudolph Maximilian Ortmayer, 52, dem unter anderem angelastet wird, er habe ohne Genehmigung des Bundesamtes für Wirtschaft den Bombenstoff Tritium und „Komponenten für die Brennelementfertigung" nach Pakistan geliefert. Gegen Ortmayer kam letzte Woche ein neuer schwerer Verdacht auf: Dem Bonner Atom-Untersuchungsausschuß gingen Hinweise zu, Ortmayer habe in großem Stil Blaupausen amerikanischer Nukleartechnologie aus den USA in andere Länder geschmuggelt.

Agenten-Lohn

Die Karlsruher Bundesanwaltschaft will erstmals gegen einen ausländischen Staatsbürger Anklage wegen schweren Landesverrats erheben. Der Amerikaner Clyde Lee Conrad, 42, bis 1985 Feldwebel und Verwalter von Verschlußsachen bei einer US-Division in Bad Kreuznach, soll nach Erkenntnissen der Rebmann-Behörde unter anderem Stellungen und die streng geheimen Kodierun-

Conrad

gen von Atomraketen auf deutschem Boden an den ungarischen Geheimdienst und damit an das sowjetische KGB verraten haben. Dadurch sei zeitweise der Verteidigungsfähigkeit ein schwerer Schaden zugefügt worden, hieß es in Ermittlerkreisen. Außerdem wird vermutet, Conrad habe von Deutschland aus Computerprogramme im US-Verteidigungsministerium durch das Einfüttern sogenannter Viren so nachhaltig gestört, daß ganze Systeme geändert werden mußten. Der Ex-GI, der zwei Millionen Mark Agentenlohn kassiert haben soll, sitzt seit August 1988 in Untersuchungshaft. Der ursprüngliche Haftbefehl wurde im Februar nach weiteren Ermittlungen auf Landesverrat